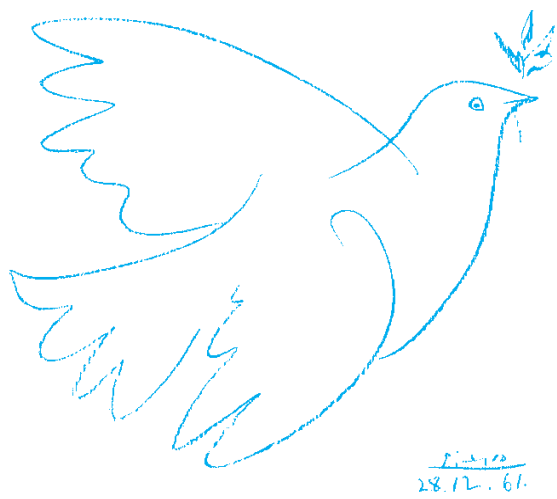




Unsere Welt



«Frieden mit dem Klima braucht ein Klima des Friedens»: Noch richtet sich der Fokus der Klimabewegung nicht auf militärische Aktivitäten und sind Transparente wie jenes der Schweizerischen Friedensbewegung an Kundgebungen zur Klimakatastrophe die Ausnahme.

Die Geisseln der Menschheit

Krieg gegen die Welt

Der militärisch-industrielle Komplex ist einer der grössten Umweltverbrecher des Planeten und für die globale Erwärmung und ökologische Katastrophe massgeblich mitverantwortlich.*

Von Murtaza Hussain

Dass Umweltzerstörung und Krieg zwei Geisseln der Menschheit sind, ist inzwischen weithin anerkannt. Meist werden sie jedoch als getrennte Übel betrachtet, so als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun. Diese Fehleinschätzung führt dazu, dass unsere Politiker mitunter eifrig die Begrenzung des CO₂-Ausstosses beschwören, neuen Kriegseinsätzen jedoch zustimmen, sobald der grosse Bruder aus Amerika pfeift. Und dies, obwohl jeder Krieg Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre bläst und niemand einen so verheerenden ökologischen Fussabdruck aufweist wie die Marschstiefel der Militärs. Einer hat dies schon vor rund hundert Jahren erkannt: der indische Dichter und Gelehrte Rabindranath Tagore. Er sah voraus, was unbegrenzte Gier, militärische Expansion und Verachtung für die Umwelt für den Planeten bedeuten würde – es sei denn, wir wür-

den einen Weg finden, uns von diesem Kurs abzuwenden.

Über ein Jahrhundert bevor wir am Abgrund einer ökologischen Katastrophe standen, hatte Rabindranath Tagore eine Ahnung, wohin es gehen könnte. Tagore, ein indischer Autor und Kulturreformer, der in der Zeit des britischen Kolonialismus lebte, gehörte zu den Letzten einer Generation, die noch in der Lage war, die industrialisierte Welt als aussenstehender Beobachter zu betrachten.

Er sprach eine der frühesten und wortgewaltigsten Warnungen über die problematische Situation einer Welt aus, die, wie unsere heutige auch, auf den Zwillingsssäulen des industriellen Konsums und der industriellen Kriegsführung beruht. Auf einer Seereise nach Japan im Jahr 1916 wurde Tagore Zeuge eines unfassbaren Ereignisses, das uns heute fast banal erscheint: einer Ölpest. Für ihn war es ein erschütterndes Bild einer Erde, die durch das hemmungslose Streben der Menschheit nach Macht zerstört wurde und nunmehr mit den Hilfsmitteln der modernen Wissenschaft aufgepeppt wird.

«Bevor diese politische Zivilisation an die Macht gelangte und ihr hungri- ges Maul weit genug aufriss, um grosse Kontinente der Erde zu verschlingen», schrieb Tagore 1917 in seinem Essaybuch *Nationalism*, «hat-

ten wir Kriege, Plünderungen, Veränderungen der Monarchie und daraus resultierendes Elend. Aber niemals solch einen Anblick angstvoller und hoffnungsloser Gefrässigkeit, eine massenhafte Opferung einer Nation nach der anderen, solch riesige Maschinen, um grosse Teile der Erde in Kleinholz zu verwandeln, niemals solch schreckliche Missgunst mit all ihren hässlichen Zähnen und Krallen, die bereit sind, lebenswichtige Organe aufzureissen.»

Der Klimanotstand, in den wir uns heute hineinbewegen – das Aufreißen unserer gegenseitigen lebenswichtigen Organe – ist ein Ergebnis unserer kollektiven Unfähigkeit, Grenzen einzuhalten. Ein Wirtschaftssystem, das endloses Wachstum und endlosen Konsum verlangt, überfordert damit ständig einen Planeten, dessen Ressourcen endlich sind. Doch, wie Tagore erkannte, würde die gleiche Gier und Verachtung, die uns veranlasste, Krieg gegen die Erde zu führen, uns auch zu katastrophalen, endlosen Kriegen zwischen den Völkern veranlassen.

Als er sein Buch schrieb, war der Erste Weltkrieg bereits im Gange. Tagore betrachtete diesen Konflikt als den ersten der modernen Kriege, der uns das beträchtliche Potential aufzeigte, das wir erlangt hatten, um unsere natürliche Umwelt und unsere Mitmenschen zu zerstören. Die während dieses Konflikts entstandenen massiven Militärindustrien deuteten auf eine möglicherweise noch unmenschlichere Zukunft hin.

«Die gigantischen Organisationen, die dazu dienen, andere zu verletzen und deren Angriffe abzuwehren, die

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

42. Jahrgang
Nr. 4 – 2019
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Syrien: Interview mit Bashar al-Assad	3
Lateinamerika und der IWF	5
Wirtschaftskrieg beenden: Unblock Cuba	5
Antimperialistische Solidarität: Gemeinsam offensiv	5
Geheimarmee P-26: Gladio Swiss Made	6
Feier zum 70. Jahrestag der SFB	7
Plakate zum Jubiläum: Den Frieden gestalten	8

WFR in Basel

Delegierte des Weltfriedensrates (WFR) aus 11 Ländern trafen sich unter der Leitung des Portugiesischen Friedensrates (CPPC) am 21. und 22. September im Säli des Restaurants Schnabel am Basler Rümelinsplatz zu ihrem europäischen Regionaltreffen. Nach 26 Jahren tagte damit erstmals wieder ein Gremium des Weltfriedensrates in der Schweiz.

Von Jonas Jäggi

Neben der Schweizerischen Friedensbewegung als Gastgeber, waren Organisationen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Dänemark, Portugal, Spanien, Griechenland, Türkei und Zypern vertreten. Inhalt der Tagung war der Austausch über Aktivitäten und Initiativen in den jeweiligen Ländern, die allgemeine Situation in Europa, kommende Kampagnen, sowie organisatorische Angelegenheiten. Die internationalen Gäste nahmen auch an der Jubiläumsfeier der SFB teil. Dort waren sie mehr als bloss Gratulanten, denn 70 Jahre SFB sind auch 70 Jahre für einige unserer Schwesterorganisationen und natürlich für den Weltfriedensrat selbst.

Als speziellen aussereuropäischen Gast durften wir Gabriel Aguirre von COSI aus Venezuela begrüßen, der die Plattform erhielt, den versammelten Organisationen ausführlich und aus erster Hand über die Situation in seinem Land zu berichten: Die illegalen Sanktionen und die Blockade durch die USA – mit Beteiligung der EU – trafen direkt die venezolanische Bevölkerung, indem sie etwa bewirkten, dass es an lebenswichtigen Medikamenten fehlt. Neben dem Ausbau der amerikanischen Militärpräsenz in der Region und Verlautbarungen aus

Der innereuropäische Austausch über Schwerpunkte und Aktivitäten war freundschaftlich und von gemeinsamem Geist der Solidarität erfüllt. Wenig überraschend mangelt es überall mehr an Ressourcen als an Themen. Seitens der SFB wurde eingebracht, der Weltfriedensrat könne sich in die aktuelle Umwelt- und Klimadebatte einmischen, indem er aufzeigt, dass Krieg und Rüstung die grössten Umweltzerstörer darstellen und der Erfolg von ökologischer und Friedensbewegung nur ein gemeinsamer sein kann.

Der Schwerpunkt für kommende Aktivitäten im Rahmen der europäischen Region liegt auf der Weiterführung der Kampagne «Yes to Peace, No to NATO» des WFR mit besonderem Augenmerk auf die wachsende Militarisierung Europas. Auch die NATO feiert 2019 ihr 70-Jähriges, am kommenden Gipfel in London anfang Dezember. Gemeinsam mit der britischen Friedensvereinigung (BPA) wird nach Möglichkeiten gesucht, den WFR dort ebenfalls sichtbar zu machen.

Ein weiterer Schwerpunkt für das kommende Jahr ist die Kampagne für ein allgemeines Verbot von Atomwaffen, nicht nur der Jahrestage wegen, die das Jahr 2020 zu diesem Thema bereithält: 75 Jahre Bombenabwurf



Blick auf die Tagung der europäischen Koordination des Weltfriedensrates vom 21./22. September 2019 in Basel. Foto UW

Washington, sich «alle Optionen» offen zu halten, mehren sich zudem die Anzeichen für konkrete Invasionsvorbereitungen mittels paramilitärischer Einheiten von kolumbianischem Boden aus. Das belegen u.a. jüngst aufgetauchte Bilder, aufgenommen im Februar 2019, auf denen der vom Westen hofierte, selbsternannte «Interimspräsident Venezuelas» Juan Guaidó mit namhaften kolumbianischen Paramilitärs und Drogenhändlern posiert. Von einer vorbeimarschierenden Fasnachtsclique zwischenzeitlich übertönt, betonte Gabriel die Wichtigkeit der internationalen Solidarität mit Venezuela und die Denunziation aller Kriegsvorbereitungen.

auf Hiroshima und Nagasaki, 75 Jahre UNO, 70 Jahre Stockholmer Appell und 50 Jahre Non-Proliferationsvertrag (NPT). Seit 2017 gibt es einen Atomwaffenverbotsvertrag, den zu unterzeichnen sich trotz breiter öffentlicher Zustimmung insbesondere die europäischen Länder weigern – Österreich, Irland und Liechtenstein bilden hier die einzigen Ausnahmen. Die Schweiz? – schön wärs. Im Umfeld eines sich abzeichnenden neuen atomaren Wettrüstens sind wir als Friedensbewegung mehr denn je gefordert, den öffentlichen Druck zu erhöhen.

(Weitere Infos: www.friedensbewegung.ch, Neues aus dem WFR)

*) Wir setzen mit diesem Beitrag des US-amerikanischen Journalisten Murtaza Hussain die Diskussion über den militärischen Beitrag an die Umweltzerstörung fort. Siehe auch «Unsere Welt», Nr. 1/2019, 2/2019 und 3/2019 (Online abrufbar unter friedensbewegung.ch)

Krieg gegen die Welt...

Fortsetzung von Seite 1

Geld damit verdienen, andere zurückzuwerfen, werden uns nicht helfen», schrieb Tagore. «Im Gegenteil, durch ihr erdrückendes Gewicht, ihre enormen Kosten und ihre abstumpfende Wirkung auf die lebendige Menschheit werden sie unsere Freiheit ernsthaft behindern.»

Bis zu seinem Tod im Jahr 1940 schrieb Tagore über die Gefahren von Militarismus, Rassenhass und über eine grausame industrielle Entwicklung, die die Natur zu verschandeln begann. Die Industrialisierung der Kriegsführung hat uns nun in die Lage versetzt, andere Menschen und die Erde selbst in einem Ausmass zu zerstören, die sogar Tagores Warnungen übertrifft. Sogar diejenigen, die ihr Leben dem Projekt des amerikanischen Militarismus gewidmet haben, sind dabei, die Zerstörung zu erkennen, die gerade angerichtet wird. In der Zeit der Klimakrise ist der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und der Zerstörung des menschlichen Lebens, das Tagore in seinen Schriften verurteilte, möglicherweise zum zentralen Thema unserer Zeit geworden.

Es mag dann auch nicht überraschen, dass das grösste industrielle Militärwesen der Weltgeschichte gleichzeitig auch der grösste Umweltverschmutzer der Welt ist.

Wenn das Pentagon ein Land wäre

Eine aktuelle Studie des Kriegskosten-Projektes der Brown University hat diese erschreckende Tatsache ans Licht gebracht: Das US-Verteidigungsministerium hat einen grösseren jährlichen CO₂-Fussabdruck als die meisten Länder dieser Erde. Mit einem ausgedehnten Netzwerk von Stützpunkten und Logistiknetzwerken ist das US-Militär, abgesehen von Nationalstaaten, der grösste Kohlendioxidemittent der Welt. «In der Tat ist das Verteidigungsministerium der weltweit grösste institutionelle Erdölverbraucher und dementsprechend der weltweit grösste Produzent von Treibhausgasen», heisst es in dem Bericht.

Wenn das Pentagon ein Land wäre, stünde es unter den grössten Kohlendioxidemittenten der Welt an der 55. Stelle. Und sein Hauptzweck – Kriegsführung – ist mit Sicherheit die kohlenstoffintensivste Aktivität.

Seit dem Beginn der gegenwärtigen Ära der amerikanischen Konflikte durch den Einmarsch in Afghanistan im Jahr 2001 hat das US-Militär die gigantische Menge von schätzungsweise 1,2 Milliarden Tonnen Kohlenstoff in die Atmosphäre ausgestossen. Zum Vergleich: Die gesamten jährlichen Kohlenstoffemissionen des Vereinigten Königreichs betragen rund 360 Millionen Tonnen. (...)

Nehmen wir zum Beispiel die Besetzung Afghanistans, wo die Verei-



Kuwaitisches Oelfeld nach Desert Storm 1991. Foto JO1 Gawlowicz/Wikipedia

nigten Staaten nach 18 Jahren kurz davor stehen könnten, einen Friedensvertrag mit den Taliban abzuschliessen. (...) Die Kosten waren fürchterlich: Die Taliban wurden aus dem Beinahe-Tod wiederbelebt, mindestens 110 000 Menschen wurden getötet, und die Umweltbelastung war enorm.

Zusätzlich zum Ausstoss von Millionen Tonnen Kohlendioxid während des Krieges hat der militärische Fussabdruck der USA noch direkter zur unmittelbaren Zerstörung der afghanischen Umwelt beigetragen.

Die Abholzung der Wälder hat sich inmitten der Kriegswirren beschleunigt und die US-Streitkräfte haben, durch Müllverbrennung und andere Massnahmen, giftige Schadstoffe in die Luft freigesetzt, die unter Verdacht stehen, für Erkrankungen der afghanischen Zivilbevölkerung und chronische Krankheiten von US-Veteranen verantwortlich zu sein.

Abgereichertes Uran: Weiterhin im Einsatz

Die Umweltkatastrophe, die der Irakkrieg angerichtet hat, war sogar noch schlimmer. Der Krieg führte nicht nur zu einem Anstieg der Kohlendioxidemissionen durch die Aktivitäten des US-amerikanischen Militärs, sondern auch zu einer weitverbreiteten Vergiftung der irakischen Umwelt durch den Einsatz giftiger Munition und sogenannter Brandgruben auf Militärbasen, die bereits in Afghanistan zum Einsatz kamen. Die Umwelt ist an einigen Stellen so vergiftet, dass daraus erhöhte Krebsraten und schlimme Geburtsdefekte resultieren – schreckliche Einzelschicksale, die unschuldigen zukünftigen Generationen zugefügt werden. Ein britischer

Arzt als Koautor von zwei Studien über die Umweltauswirkungen von US-Militäroperationen in Falludscha sagte, dass die Bevölkerung der Stadt unter «der höchsten Rate genetischer Schäden, die jemals in einer Bevölkerung festgestellt wurde», leidet.

Ein Grossteil dieser Auswirkungen kann auf den Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran durch die US-Streitkräfte zurückgeführt werden. Trotz des Versprechens, den Einsatz einzustellen, stellte eine Studie der unabhängigen Überwachungsgruppe Airwars und der Zeitschrift Foreign Policy fest, dass das Militär die giftige Munition während seines jüngsten Bombeneinsatzes in Syrien weiterhin einsetzte.

Düstere Ironie

Die Tatsache, dass der Hauptfaktor des Klimawandels die Emission fossiler Brennstoffe ist, verleiht diesen Kriegen eine weitere düstere Ironie. Seit Jahrzehnten wird der starke militärische Fussabdruck der USA im Nahen Osten durch die Notwendigkeit gerechtfertigt, den Zugang zu den Ölreserven der Region aufrechtzuerhalten.

Die industrielle Gewinnung genau dieser Reserven ist einer der Hauptfaktoren der globalen Kohlendioxidemissionen.

Mit anderen Worten, wir haben getötet, sind gestorben und haben die Umwelt verschmutzt, um den Zugang zu denselben giftigen Ressourcen sicherzustellen, die am meisten für unsere Klimazerstörung verantwortlich sind. Es bedurfte dieser perfekten Symmetrie zwischen industrieller Kriegsführung und industrieller Ausbeutung der Erde, um die unsägliche Notlage herbeizuführen, der wir uns jetzt gegenübersehen.

Die Phänomene endloser Krieg und Klimawandel haben von einer weiteren gemeinsamen Schwäche profitiert: der öffentlichen Gleichgültigkeit. Um es deutlich zu sagen, es ist nicht so, dass es die Leute nicht interessiert. Vor Beginn des Irak-Krieges gingen Millionen auf die Strasse, um in einem letzten Versuch die Invasion zu verhindern. In den USA gibt es seit Jahrzehnten eine dynamische Umweltbewegung.

Mit der Zeit sind die im Ausland tobenden Kriege und Berichte über entfernte ökologische Katastrophen allerdings zu Nebengeräuschen geworden. Selbst heute, da wir uns echten Katastrophen gegenübersehen, steht keines der Themen im Vordergrund unserer medialen oder politischen Diskussionen. Zum Teil scheint das daran zu liegen, wer bisher gelitten hat. Genauso wie vor allem fremde Länder von den schrecklichen Kriegs-

lasten betroffen sind – ebenso wie ein kleines Freiwilligen-Militär aus den USA – hat das Frühstadium der Klimakrise vor allem entfernte Gebiete mit einer braunhäutigen Bevölkerung wie Brasilien, Bangladesch, die Malediven und die Bahamas in Mitleidenschaft gezogen. Solange die Krise vom Festland der Vereinigten Staaten fern bleibt, scheinen selbst Menschen, die über solche Nachrichten traurig sein könnten, diese nicht als Notfall zu begreifen.

Früher oder später wird der Notfall jedoch auch bei uns ankommen. In diesem März erreichte der Gehalt an atmosphärischem Kohlendioxid einen Spitzenwert von 415 Parts per million. Um ein Gefühl dafür zu bekommen, was dies bedeutet: Das letzte Mal war die Atmosphäre vor 800 000 Jahren so kohlenstoffhaltig. Zu dieser Zeit war der Südpol eine gemässigte Zone, in der Wälder wuchsen und die durchschnittliche globale Temperatur lag um 3 bis 4 Grad Celsius höher als heute. Der Meeresspiegel lag etwa 18 Meter höher. Ohne drastische Anstrengungen für negative Nettoemissionen – ein Beenden der Kohlendioxidemissionen und eine Verringerung der Kohlenstoffmenge, die sich bereits in der Atmosphäre befindet – sind wir auf dem Weg, einen solchen Planeten zu schaffen. Stattdessen steigen die weltweiten Nettoemissionen weiter an.

Ironischerweise ist das Pentagon, angesichts seiner eigenen Rolle diesen Notfall herbeizuführen, eines der wenigen Bollwerke gegen die Leugnung des Klimawandels, die die amerikanische Regierung derzeit erfasst hat. «Die einzige Abteilung in Washington, die sich ganz klar mit der Idee befasst, dass der Klimawandel real ist, ist das Verteidigungsministerium», sagte Oberst Lawrence Wilkerson, ehemaliger Stabschef von General Colin Powell.

Das US-Militär bereitet sich auf eine düstere Zukunft mit klimabedingter politischer Instabilität, Nahrungsmittelknappheit, Ressourcenkriegen und massiven Flüchtlingsbewegungen vor. Angesichts der strategischen Bedrohung, die die eigene Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen darstellt, wurden sogar Schritte unternommen, um die eigenen Energiequellen zu diversifizieren.

Doch selbst diese begrenzten Bemühungen stiessen bei der Trump-Administration auf Widerstand. Die Marine hat kürzlich eine Arbeitsgruppe wieder aufgelöst, die die Auswirkungen des Klimawandels untersuchen sollte, und untergräbt damit ein Minimum an Anstrengungen, um die Auswirkungen eines steigenden Meeresspiegels und schmelzender Eiskap-

pen vorherzusagen. Mit den Worten des ehemaligen Konteradmirals, der die Bemühungen der Marine in Bezug auf den Klimawandel bis 2015 leitete, «endete die Arbeitsgruppe, meiner Meinung nach, ohne vollständige Einbindung von Überlegungen zum Klimawandel.»

Wir neigen dazu, das 20. Jahrhundert hauptsächlich als einen materiellen Fortschritt zu betrachten. Es ist hilfreich, sich daran zu erinnern, dass es auch eine Ära war, die uns Blutvergiessen in einem historisch beispiellosen Ausmass bescherte. Das Potential der modernen Wissenschaft war endlich mit der ursprünglich dunklen Seite der menschlichen Natur verbunden.

Neue Schlachtfelder

Das Ergebnis war die brutalste Gewaltperiode in der Geschichte der Menschheit. Die Zahl der Todesopfer ist heute kaum noch nachvollziehbar, doch allein der Zweite Weltkrieg – mit seiner industriellen Dämonologie aus Panzern, Bombenflugzeugen, Giftgas und Atomwaffen – hat über 70 Millionen Menschen getötet. Der Krieg hat Umweltschäden verursacht, die es nie zuvor gegeben hat. Die nuklearen Explosionen in Hiroshima und Nagasaki gaben uns erste realistische Einblicke, wie die Zivilisation selbst enden könnte. Wir sind aus dieser Katastrophe irgendwie wieder herausgekommen. Wir könnten jetzt geradewegs in eine viel grössere hineinlaufen.

Das Abschmelzen der Arktis schafft nicht nur einen ökologischen Notfall, sondern – in den Augen amerikanischer, russischer und chinesischer Militärkommandeure – auch ein potenzielles neues Schlachtfeld. Angesichts eines Planeten, der eindeutig an die Grenzen der Misshandlungen stösst, die er noch ertragen kann, werden immer noch die Grundlagen für weitere Ausbeutung und Gewalt gelegt.

Rabindranath Tagore starb zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, bevor dieser seinen schrecklichen nuklearen Höhepunkt erreichte. Viele Jahrzehnte zuvor hatte er bereits vorausgesehen, was unbegrenzte Gier, militärische Expansion und Verachtung für die Umwelt für den Planeten bedeuten würde – es sei denn, wir würden einen Weg finden, uns von diesem Kurs abzuwenden. Mehr als ein Jahrhundert später klingen seine Worte fast prophetisch. Es gibt endlich erste Anzeichen einer wirklichen Bewegung gegen den endlosen Krieg und den Umwelt-Nihilismus, die uns an diesen Abgrund gebracht haben. Tagore liess es nicht an Klarheit darüber fehlen, wo wir uns befinden werden, sollten wir versagen.

«Wenn dies auf unbestimmte Zeit so weitergeht und die Rüstungsgüter sich selbst zu unvorstellbaren Absurditäten ausweiten und Maschinen und Lagerhäuser diese schöne Erde mit ihrem Dreck und Rauch und ihrer Hässlichkeit einhüllen», warnte Tagore, «dann wird es in einem Massenselbstmord enden.»

Murtaza Hussain ist ein US-amerikanischer Publizist, der sich insbesondere mit Fragen der nationalen Sicherheit, der Aussenpolitik und Menschenrechte beschäftigt. Seine Arbeiten wurden bereits in der New York Times, The Guardian und Al Jazeera English veröffentlicht.

Quelle und Übersetzung: rubikon.news. Von der UW gekürzt und mit Untertiteln versehen.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- ☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- ☐ Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- ☐ Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- ☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
7. November 2019



Syriens Präsident Bashar al-Assad an einer Sitzung der al-Baath-Partei, 7. 10. 2018. Foto SANA

Assad: Trump «ist der beste US-amerikanische Präsident»

Syrien im Originalton

Eine Weile schien es, als hätten alle etwas zu Nordsyrien zu sagen und zu entscheiden, nur die Syrer selbst oder zumindest der syrische Staat wurden dazu nicht befragt. Sicherheitszone hier; Ansiedlung dort, fremde Truppen allenthalben. Wie wenn es nicht um das Territorium eines souveränen Staates ginge und das Recht auf unverletzliche Grenzen, sondern um das Verteilen von Pfründen unter Kolonialmächten resp. deren Verteilungskampf.

Am 31. Oktober legte der syrische Präsident Bashar al-Assad in einem ausführlichen Interview mit den Medien Al-Sourea und Al-Ikhbariya TV seine Sicht der Dinge dar. Wer sich ernsthaft um die Situation in Syrien sorgt, muss diese Sicht kennen. Wir bringen deshalb Kernaussagen des syrischen Präsidenten in Auszügen. Wer das ganze Interview nachlesen möchte, findet den Text dazu in Deutsch auf www.antikrieg.com.

Journalist: Es wurden Fragen zum russisch-türkischen Abkommen aufgeworfen, insbesondere zu dem Punkt, der sich auf die Aufrechterhaltung des Status Quo in der von der türkischen Aggression betroffenen Region Tal Abyadh und Ras al-Ain mit einer Tiefe von 32 Kilometern bezieht. Einige Leute verstanden daraus, dass es die türkische Besatzung legitimierte, insbesondere, dass das Abkommen keine syrische Rolle in diesen Bereichen beinhaltetete, die im Abkommen diskutiert wurden. Wie ist Ihre Antwort darauf?

Präsident Assad: Erstens waren die russischen Prinzipien während des gesamten Krieges (...) klar. Diese Prinzipien basieren auf dem Internationalen Recht, der syrischen Souveränität und der territorialen Integrität Syriens. (...) Die russische Politik befasst sich jedoch mit den Realitäten vor Ort. Diese Realitäten vor Ort haben zwei Dinge erreicht: den Rückzug bewaffneter Gruppen von Norden nach Süden in Abstimmung mit der syrischen Armee und damit der Vormarsch der syrischen Armee nach Norden in das von den Türken nicht besetzte Gebiet. Diese beiden Elemente sind positiv, heben jedoch die negativen Aspekte der türkischen Präsenz erst dann auf, wenn sie auf die eine oder andere Weise verdrängt werden. Diese Vereinbarung ist nicht dauerhaft, sondern nur vorübergehend. Nehmen wir zum Beispiel die Deeskalationsgebiete zu einem bestimmten Zeitpunkt, so glaubten einige Menschen, sie seien dauerhaft und würden Terroristen das Recht einräumen, auf unbestimmte Zeit in ihren Gebieten zu bleiben. Tatsache war, dass dies eine Gelegenheit war, die Zivilbevölkerung zu schützen und mit den Terroristen zu sprechen, um sie später zu vertreiben. Wir müssen also zwischen ultimativen oder strategischen Zielen einerseits und taktischen Ansätzen andererseits unterscheiden.

(...) Durch dieses Abkommen schränkten die Russen die Türken ein, manövierten die Amerikaner aus

und brachten den von den Deutschen vorgeschlagenen Aufruf zur Internationalisierung zu Fall. Deshalb ist diese Vereinbarung ein positiver Schritt. Sie erreicht nicht alles, etwa in dem Sinne, dass sie die Türken nicht unter Druck setzt, sofort zu gehen. Sie begrenzt jedoch den Schaden und ebnet den Weg für die Befreiung dieser Region in der Zukunft oder der unmittelbaren Zukunft, wie wir hoffen.

Journalist: Sie haben das Abkommen als vorübergehend bezeichnet, aber die Türkei, wie wir wissen, hält sich nicht an Vereinbarungen. Infolgedessen stellt sich die Frage, ob die Türkei weiterhin die Gebiete besetzt, die sie aufgrund ihrer jüngsten Aggression kontrolliert hat? Sie haben wiederholt gesagt, dass der syrische Staat alle erdenklichen Mittel einsetzen wird, um sich zu verteidigen. Aber hat das russisch-türkische Abkommen die Möglichkeit, solche Mittel einzusetzen, nicht praktisch verhindert?

Präsident Assad: Nehmen wir ein anderes Beispiel: Idlib. Durch den Astana-Prozess besteht eine Vereinbarung, dass die Türken abziehen werden. Die Türken haben dieses Abkommen nicht eingehalten, aber wir befreien Idlib. Es gab eine Verzögerung von einem Jahr; der politische Prozess, der politische Dialog und verschiedene andere Vorstöße hatten ihre Chance erhalten, die Terroristen zu vertreiben. Alle Möglichkeiten waren ausgeschöpft. Am Ende haben wir die Gebiete schrittweise durch militärische Operationen befreit. Dies gilt auch für die nördliche Region, sollten einmal alle politischen Möglichkeiten ausgeschöpft sein.

(...) Zu Beginn des Krieges unterstützte die türkische Armee die syrische Armee und arbeitete mit uns im größtmöglichen Umfang zusammen, bis zu Erdogans Putsch gegen die Armee. Deshalb müssen wir in dieser Richtung weitermachen und sicherstellen, dass die Türkei kein Feindstaat wird. Erdogan und seine Grup-

pe sind Feinde, weil er diese Politik führt, aber bis jetzt sind die meisten politischen Kräfte in der Türkei gegen Erdogans Politik. Wir müssen also sicherstellen, dass die Türkei nicht zum Feind wird, und hier kommt die Rolle der Freunde – die Rolle der Russen und die der Iraner.

Journalist: Wenn wir von dieser Idee ausgehen, Herr Präsident, und die Massnahmen betrachten, die die Türken in letzter Zeit ergriffen haben, insbesondere Erdogan, wie die Türkisierung, den Aufbau von Universitäten, die den Gebrauch bestimmter Sprachen vorschreiben. Dies sind Massnahmen, die von jemandem ergriffen werden, der nicht daran denkt zu gehen – nur eine Fortsetzung Ihrer Idee, da Sie sagten, dass er früher oder später gehen wird. Was ist mit diesen Aktionen?

Präsident Assad: (...) Also, wenn er nicht geht, nachdem wir alle möglichen Mittel ausgeschöpft haben, wird es keine andere Wahl geben als Krieg, das ist selbstverständlich. Ich sage, dass wir in naher Zukunft dem politischen Prozess in seinen verschiedenen Formen Raum geben müssen. Wenn dieser keine Ergebnisse liefert, ist das ein Feind und man zieht gegen ihn in den Krieg; es gibt keine andere Wahl.

Journalist: Einige Leute sagten aber, dass nach dem amerikanischen Rückzug aus Nordsyrien die türkische Aggression und dann das russisch-türkische Abkommen kamen. All das sei im Rahmen eines amerikanisch-russisch-türkischen Abkommens zustande gekommen. Was meinen Sie dazu?

Präsident Assad: (...) Wie ich eben sagte, beschäftigen sich die Russen mit den Realitäten vor Ort und versuchen daher sicherzustellen, dass alle politischen Bedingungen gegeben sind, um den Weg für ihren Abzug aus Syrien zu ebnen und den Schaden durch die Türken oder die Regierung einzuschränken die darauf abzielen, mehr Schaden anzurichten und mehr Land zu besetzen. Aber die Russen waren sicherlich nicht Teil dieses Abkommens – russische Abkommen sind immer öffentlich. Das russisch-türkische Abkommen wurde mit allen Punkten sofort angekündigt; Auch das Abkommen zwischen uns und den Kurden mit russischer Vermittlung und Unterstützung wurde von Anfang an öffentlich gemacht. In der russischen Politik gibt es keine versteckte Agenda, was uns Sicherheit gibt.

Journalist: Aber die amerikanisch-türkischen Treffen werden nicht angekündigt. Sie haben wiederholt gesagt, dass (...) die Schaffung der Pufferzone vom ersten Tag des Krieges gegen Syrien an Erdogans Hauptziel war. Präsident Obama lehnte es ab, diese Pufferzone zu akzeptieren, während wir heute bestimmte Aktionen vor Ort sehen. Bedeutet das, dass Obama besser war als Trump?

Präsident Assad: Wir sollten nicht auf einen amerikanischen Präsidenten wetten. Erstens, wenn Erdogan sagt, er habe beschlossen, einen Überfall zu unternehmen, oder sie hätten es den Amerikanern gesagt, dann versucht er, die Türkei als Supermacht zu projizieren oder vorzutäuschen, er habe seine eigenen Entscheidungen getroffen. All dies sind Theaterstücke, die zwischen ihm und den Amerikanern geteilt werden. Am Anfang durfte sich niemand einmischen, denn die Amerikaner und der Westen glaubten, dass sich die Demonstrationen ausbreiten und über das Ergebnis entscheiden würden. Die Demonstrationen verbreiteten sich nicht so, wie sie wollten, und sie wechselten zum Einsatz von Waffen. Als Waffen nicht das Ergebnis brachten, gingen sie mit ihrer verrückten Ideologie auf die terroristischen Extremistenorganisationen zu, um das Ergebnis militärisch zu entscheiden. Sie waren dazu nicht in der Lage. Hier kam im Sommer 2014 die Rolle des IS ins Spiel, um die Bemühungen der syrisch-arabischen Armee zunichtezumachen, zu welchem Punkt dann die russische Intervention erfolgte. Als alle Einsätze auf dem Spielfeld fehlschlügen, musste die Türkei eingreifen und den Spiess umdrehen; das ist ihre Rolle.

Was Trump angeht, könnten Sie mir eine Frage stellen und ich gebe Ihnen eine Antwort, die seltsam klingen könnte. Ich sage, er ist der beste amerikanische Präsident, nicht weil seine Politik gut ist, sondern weil er der transparenteste Präsident ist. Alle amerikanischen Präsidenten verüben alle Arten von politischen Gräueltaten und Verbrechen und gewinnen dennoch den Nobelpreis und treten als Verfechter der Menschenrechte und der edlen und einzigartigen amerikanischen Werte oder der westlichen Werte im Allgemeinen auf. Die Realität ist, dass es sich um eine Gruppe von Kriminellen handelt, die die Belange der amerikanischen Interessengruppen vertreten, das heisst der grossen Öl- und Rüstungsunternehmen und anderer. Trump redet transparent

Journalist: Der Führer der aufgelösten syrischen Demokratischen Kräfte, Mazloum Abdi, gab gegenüber den Medien Erklärungen ab, in denen er sagte, Trump habe ihnen versprochen, vor dem Rückzug mit den Russen Kontakt aufzunehmen, um eine Lösung für die Kurdenfrage zu finden, indem er mit den Russen und dem syrischen Staat eine Einigung erzielt, den Kurden die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen. Gab es wirklich eine solche Vereinbarung, und was ist das Schicksal von nicht grenzüberschreitenden Regionen im syrischen Dschasira, den Regionen, die unter der Kontrolle der bewaffneten Milizen namens SDF standen? Wurden diese Regionen an den syrischen Staat übergeben, und wenn ja, auf welche Weise? Ist es nur im militärischen Sinne; oder hat letztendlich die Rückkehr der syrischen Institutionen in diese Regionen stattgefunden?

Präsident Assad: Meinen Sie ein amerikanisch-kurdisches Abkommen?

Journalist: Die Amerikaner versprachen den Kurden, eine Lösung für ihre Sache zu finden, indem sie die Russen dazu veranlassten, eine Einigung mit dem syrischen Staat zu erzielen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu verteidigen.

Präsident Assad: Unabhängig davon, ob Kontakt hergestellt wurde oder nicht, wie ich bereits sagte, hat was immer die Amerikaner sagen keine Glaubwürdigkeit, ob sie es einem Feind oder einem Freund sagen, das Ergebnis ist dasselbe – es ist unzuverlässig. Deshalb verschwenden wir unsere Zeit nicht mit solchen Dingen. Das einzige russische Abkommen mit den Kurden war das, worüber wir im Hinblick auf eine russische Rolle bei der Erzielung eines Abkommens mit kurdischen Gruppen gesprochen haben – wir sollten nicht sagen mit den Kurden, da dies ungenau ist und wir nicht über ein Segment sprechen können – die Gruppen, die sich selbst als SDF bezeichnen mit der syrischen Armee eingesetzt werden sollen. Natürlich kann die syrische Armee nicht nur zur Durchführung von Sicherheits- oder Militäraktionen eingesetzt werden. Der Einsatz der syrischen Armee ist Ausdruck der Präsenz des syrischen Staates, das heisst der Präsenz aller Dienste, die der Staat erbringen sollte. Dieses Abkommen wurde geschlossen und wir erreichten die meisten Regionen, jedoch nicht vollständig. Es gibt immer noch Hindernisse. Wir intervenieren, weil wir – von vor



Patrouille der russischen Militärpolizei in Manbidsch. © Sputnik / Mikhail Alaeddin

und sagt, dass es das Öl ist, was wir wollen. Dies ist die Realität der amerikanischen Politik, zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir wollen diese oder jene Person loswerden oder wir wollen einen Service gegen Bezahlung anbieten. Dies ist die Realität der amerikanischen Politik. Was brauchen wir mehr als einen transparenten Gegner? Deshalb besteht der Unterschied nur in der Form, während die Realität dieselbe ist.

dem türkischen Einfall – direkte und alte Beziehungen zu diesen Gruppen haben. Manchmal antworten sie, an anderen Orten nicht. Aber sicherlich wird die syrisch-arabische Armee diese Gebiete gleichzeitig mit dem vollen öffentlichen Dienst erreichen, was die Rückkehr der vollen staatlichen Autorität bedeutet. Ich möchte noch einmal betonen, dass dies schrittweise geschehen sollte. Zweitens wird

Fortsetzung Seite 4

O-Ton Syrien...

Fortsetzung von Seite 3

die Situation nicht mehr so sein wie zuvor. Es gibt Tatsachen vor Ort, die angegangen werden müssen, und dies wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Es gibt neue Tatsachen in Bezug auf Menschen vor Ort, die sich ereigneten, als der Staat abwesend war. Es gibt bewaffnete Gruppen; wir erwarten nicht, dass sie ihre Waffen sofort abgeben. Unsere Politik sollte schrittweise und rational sein und die Fakten berücksichtigen. Aber das ultimative Ziel ist es, zu der Situation zurückzukehren, wie sie früher war, nämlich unter der vollen Kontrolle des Staates.

Journalist: Nach allem, was passiert ist: sie haben den syrischen Staat, syrische Bürger und die syrisch-arabische Armee ins Visier genommen. Während der Kriegsjahre spielten sie eine schlechte Rolle und waren amerikanische Stellvertreter. Sind wir als Syrer in der Lage, wieder mit den Kurden zu leben?

Präsident Assad: (...) Was während dieses Krieges geschah, ist eine Verzerrung der Konzepte; zu sagen, dass diese Gruppe ein bestimmtes Merkmal hat, negativ oder positiv, ist weder objektiv noch rational. Es ist auch unpatriotisch. Unter den Kurden gab es Leute, die amerikanische Agenten oder Stellvertreter waren. Dies ist wahr, aber unter den Arabern gab es ähnliche Fälle im Dschasira-Gebiet und in anderen Gebieten in Syrien. Dies gilt für die meisten Teile der syrischen Gesellschaft. Der Fehler bestand darin, dass diese Aktion von einer Gruppe Kurden begangen wurde, die sich nicht nur als Vertreter der Kurden, sondern auch der Araber und anderer Gesellschaftsschichten in der Region al-Dschasira ausgab. (...) Wir haben es also tatsächlich mit den verschiedenen kurdischen Parteien zu tun. Die meisten Kurden unterhielten gute Beziehungen zum syrischen Staat, standen immer in Kontakt mit uns und schlugen echte patriotische Ideen vor. In einigen Bereichen, in die wir eingetreten sind, war die Reaktion der Kurden nicht weniger positiv oder weniger freudig und glücklich als die Reaktion anderer Menschen dort. Diese Bewertung ist also nicht genau.

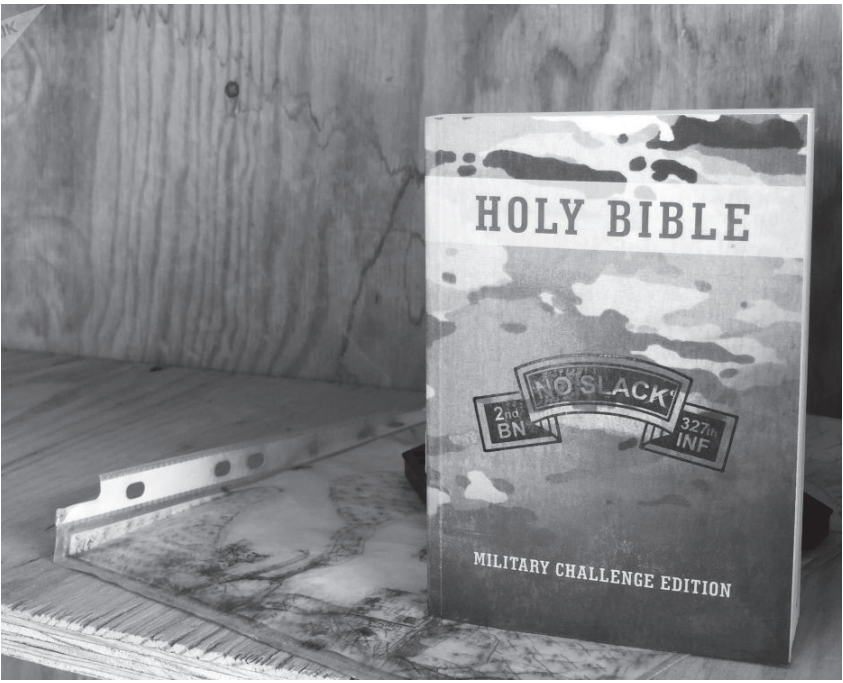
Ja, ganz einfach, wir können wieder miteinander leben. Wenn die Antwort nein wäre, dann hiesse das, dass Syrien nie wieder stabil sein würde.

Journalist: Aber was ist das Problem mit den Kurden, auch schon vor dem Krieg? Wo liegt das Problem mit ihnen?

Präsident Assad: Obwohl wir jahrzehntelang zu diesen Gruppen standen und den Preis 1998 durch einen militärischen Zusammenstoss mit der Türkei dafür bezahlten, standen wir ihnen auf der Grundlage der kulturellen Rechte dieser Gruppen oder dieses Teils der syrischen Gesellschaft bei. Wessen beschuldigen sie den syrischen Staat? (...) Sie werfen uns vor, diese Gruppe ihrer kulturellen Rechte beraubt zu haben. Nehmen wir an, dass das, was sie sagen, richtig ist. Kann ich als Individuum gleichzeitig offen und engstirnig sein? Ich kann es nicht. Kann der Staat gleichzeitig offen oder tolerant und intolerant und engstirnig sein? Er kann es nicht.

Nehmen wir ein Beispiel der jüngsten Gruppe, die sich der syrischen Struktur angeschlossen hat, die Armenier. Die Armenier waren eine patriotische Gruppe par excellence. Dies wurde ohne Zweifel während des Krieges bewiesen. Gleichzeitig hat diese Gruppe ihre eigenen Gesellschaften, ihre eigenen Kirchen und noch sensibler, ihre eigenen Schulen. (...) Die syrischen Armenier sind die am wenigsten in der Gesellschaft aufgelösten Armenier der Welt. Sie haben sich integriert, aber nicht in die syrische Gesellschaft aufgelöst. Sie haben alle ihre Eigenschaften beibehalten. Warum sollten wir hier offen sein und uns nicht anderen öffnen?

Der Grund ist, dass es separatistische Vorschläge gibt. Es gibt Landkarten, die ein syrisches Kurdistan als Teil eines grösseren Kurdistans zeigen. Jetzt ist es unser Recht, unsere territoriale Integrität zu verteidigen und die separatistischen Aussagen nicht zu beachten. Wir haben jedoch kein Problem mit der syrischen Vielfalt. Im Gegenteil, die syrische Vielfalt ist reich und schön, was sich in Stärke niederschlägt. Wir sehen das nicht negativ; aber Reichtum und Vielfalt sind eine Sache und die Tren-



Verlassenes Regal in der Kommandozentrale der US-Fliegerleitoffiziere nahe der Siedlung Dadat westlich von Manbidsch. Die vorgefundene Bibel in Tarnfarben (!) stammt vom Vietnam- und Irakkrieg erfahrenen, berüchtigten 2. Battalion des 327. Infanterieregiments der US-Armee. Die Soldaten, die unter dem Motto «No Slack» (kein Durchhängen) kämpften, sind nach Eigendarstellung «aggressiv, aber sorgfältig, Experten der Grundlagen und überzeugt von unseren technischen und taktischen Fähigkeiten, um zu gewinnen, wo und wann immer wir gefordert sind.» Für die Bibel war beim eiligen Rückzug offenbar kein Platz mehr. Foto © Sputnik / Mikhail Alaeddin

nung und Fragmentierung des Landes ist etwas anderes, etwas Gegenteiliges. Das ist das Problem.

Journalist: (...) In Ihrer Antwort sagten Sie, dass wir letztendlich miteinander leben müssen. Das Problem liegt hier nicht nur bei der kurdischen Komponente. Es gab Bevölkerungsgruppen, die jahrelang in verschiedenen Gebieten ausserhalb der Kontrolle des syrischen Staates lebten. Was ist mit denen? Was ist der Plan des Staates, um sie unter dem Gedanken des Zusammenlebens, insbesondere der Kinder unter ihnen, wieder zu integrieren, denn mit Kindern sprechen wir über die zukünftige Generation Syriens? Was ist der Plan für diese Leute?

Präsident Assad: Eigentlich geht es in erster Linie um Kinder und dann in zweiter Instanz um Jugendliche. Es gibt mehrere Probleme, von denen eines darin besteht, dass diese Generation die Bedeutung des Staates und der Rechtsstaatlichkeit nicht kennt. Sie haben nicht unter dem Staat gelebt, sie haben unter bewaffneten Gruppen gelebt. Die schlimmste und gefährlichste Auswirkung ist jedoch für die Kinder, die in einigen Bereichen die arabische Sprache nicht gelernt haben, und für andere, die falsche Konzepte gelernt haben – extremistische Konzepte oder Konzepte gegen den Staat oder das Heimatland und andere Konzepte, die von ausserhalb Syriens vorgeschlagen und in formellen Lehrplänen unterrichtet wurden. Dies war in den letzten Wochen, insbesondere in den letzten Tagen, Gegenstand von Diskussionen, da der Einsatz der syrischen Armee in grossen Gebieten in den nördlichen Regionen dieses Problem in grossem Umfang hervorhob. Derzeit befassen sich Ministerien, insbesondere das Bildungsministerium sowie die Ministerien für Verteidigung und Inneres mit diesem Thema. Ich glaube, es wird in Kürze eine Erklärung und eine Lösung geben, wenn auch allgemein in der ersten Phase, auf die administrative Massnahmen folgen werden, um diese Menschen in das System des syrischen Staates einzugliedern. Zum Beispiel, wer wird sich in die syrische Armee einschreiben, wer wird sich in die Polizei einschreiben, wer wird sich in Schulen einschreiben? Jemand, der zwölf Jahre alt ist: wie werden sie sich in das syrische Schulsystem integrieren, wenn sie nichts über den Lehrplan wissen? Gleiches gilt für Grundschüler. Ich glaube, die Lösung besteht darin, alle innerhalb des nationalen Staates zu assimilieren, aber es sollten spezielle Massnahmen getroffen werden, um sie wieder in dieses System zu integrieren, und ich glaube, dass wir in den

nächsten Tagen ein endgültiges Bild davon haben werden.

Journalist: Zurück in die Politik, insbesondere zu den USA, wo Präsident Donald Trump seine Absicht ankündigte, eine begrenzte Anzahl seiner Truppen in Syrien zu belassen, wobei einige von ihnen an den jordanischen Grenzen und an den Grenzen des israelischen Feindes stationiert werden und andere die Ölfelder schützen sollen. Wie stehen Sie dazu und wie wird der syrische Staat auf diese illegitime Präsenz reagieren?

Präsident Assad: Ungeachtet dieser Aussagen ist die Realität, dass die Amerikaner Besatzer sind, egal ob sie sich im Osten, Norden oder Süden befinden, das Ergebnis ist dasselbe. Auch hier sollten wir uns nicht mit seinen Aussagen befassen, sondern uns mit der Realität auseinandersetzen. Wenn wir mit den Bereichen fertig sind, die unseren militärischen Prioritäten entsprechen, und wir einen Bereich erreichen, in dem die Amerikaner sitzen, werde ich mich keinen Heldentaten hingeben und sagen, dass wir die Armee zu den Amerikanern schicken werden. Wir sprechen von einer Supermacht. Haben wir die Fähigkeiten dazu?

Ich glaube, dass dies für uns Syrer klar ist. Wählen wir Widerstand? Wenn es Widerstand gibt, wird das Schicksal der Amerikaner ihrem Schicksal im Irak ähnlich sein. Aber das Konzept des Widerstands braucht eine populäre Geisteshaltung, die das Gegenteil von Agenten und Stellvertretern ist, eine patriotische populäre Haltung, die Widerstandshandlungen ausführt. Die natürliche Rolle des Staates besteht in diesem Fall darin, jedem Widerstand der Bevölkerung gegen die Besatzer alle notwendigen Bedingungen und die notwendige Unterstützung zu bieten. Wenn wir die koloniale und kommerzielle amerikanische Mentalität beiseite lassen, die die Kolonisierung bestimmter Gebiete für Geld, Öl und andere Ressourcen fördert, dürfen wir nicht vergessen, dass die Hauptakteure, die die Amerikaner, die Türken und andere in diese Region brachten, Syrer sind als Agenten von Ausländern – syrische Verräter. (...) Wir sollten uns alle gegen die Besatzung einigen. Wenn wir diesen Zustand erreichen, versichere ich Ihnen, dass die Amerikaner von sich aus gehen werden, weil sie keine Gelegenheit haben werden, in Syrien zu bleiben. Obwohl Amerika eine Supermacht ist, wird es nicht in Syrien bleiben können. Dies ist etwas, was wir zu einem bestimmten Zeitpunkt im Libanon und zu einem späteren Zeitpunkt im Irak gesehen haben. Ich denke das ist die richtige Lösung.

Journalist: Letzte Woche haben Sie eine Fahrt durch die Frontlinien in Idlib unternommen, mit der Sie die Syrer und die Welt überrascht haben. Vor den Soldaten der syrisch-arabischen Armee sagten Sie, die Schlacht liege im Osten, aber Idlib sei ein fortschrittlicher Aussenposten des Feindes im Westen, der darauf abzielt, die Streitkräfte der syrischen Armee zu zerstreuen. Einige sahen in dem Besuch das Startzeichen oder die Stunde Null für die bevorstehende Schlacht von Idlib. Ist es so?

Präsident Assad: Nein, es gab keinen Zusammenhang zwischen meinem Besuch und der Stunde Null. (...) Der Besuch in Idlib war vor allem deshalb so, weil die Welt vielleicht glaubte, dass die gesamte Syrien-Frage in dem, was im Norden passiert, zusammengefasst ist, und dass es nur darum geht, was im Norden vor sich geht und die Angelegenheit nun zu einem Einmarsch der türkischen Armee in syrisches Territorium geworden ist, und vergessen wird, dass alle, die in Idlib kämpfen, eigentlich Teil der türkischen Armee sind, obwohl sie al-Qaida, Ahrar al-Sham und anders heissen. Ich versichere Ihnen, dass diese Kämpfer Erdogan mehr am Herzen liegen als die türkische Armee selbst. Wir sollten dies nicht vergessen, denn politisch und insbesondere in Bezug auf die Türkei ist die Hauptschlacht Idlib, weil sie mit der Schlacht im Nordosten oder in der Region Jazeera zusammenhängt. Dies ist der Grund – ich wollte betonen, dass das, was in der Jazeera-Region passiert, trotz seiner Bedeutung und trotz des weiten Einsatzbereichs uns nicht von der Bedeutung Idlibs im Gesamtkampf ablenkt. (...)

Journalist: Aus einer anderen Perspektive beschrieb der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Geir Pedersen, in einem Interview mit einer Zeitung die Situation in Idlib als kompliziert, und ich erwähne die Punkte, die er angesprochen hat: er forderte eine Lösung, die die Sicherheit der Zivilbevölkerung garantiert. Er sprach auch über die Anwesenheit terroristischer Organisationen und die Notwendigkeit, eine umfassende Militärkampagne zu vermeiden, die, weit davon entfernt das Problem zu lösen, seiner Meinung nach schwerwiegende humanitäre Konsequenzen haben wird. Was halten Sie von dem, was er gesagt hat, und wird die Operation aufgrund des internationalen Drucks oder aufgrund von Pedersens Äusserungen verschoben oder gestoppt?

Präsident Assad: Wenn Pedersen die Mittel oder die Fähigkeit hat, das Problem ohne eine umfassende militärische Operation zu lösen, wird es gut sein. Warum löst er das Problem nicht? Wenn er einen klaren Plan hat, haben wir keine Einwände. (...) Wenn jedoch alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, sind militärische Massnahmen erforderlich, um Zivilisten zu retten, da ich Zivilisten nicht retten kann, wenn sie unter der Kontrolle der Militanten stehen. Die westliche Logik ist eine absichtlich und böswillig verdrehte Logik. Sie besagt, dass die Militäroperationen zum Schutz der Zivilbevölkerung gestoppt werden sollten, während für sie die Anwesenheit von Zivilbevölkerung unter der Herrschaft von Terroristen eine Form des Schutzes für die Zivilbevölkerung darstellt. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Die militärische Intervention zielt auf den Schutz der Zivilbevölkerung ab. Indem Sie Zivilbevölkerung unter die Autorität von Terroristen stellen, erweisen Sie einen Dienst für Terroristen und beteiligen sich an der Tötung von Zivilisten.

Quelle: Syrisch-arabische Nachrichtenagentur (SANA). Vollständiger Text unter www.antikrieg.com



argus

«Argus», der Diskussionsclub für moderne Politik der Schweizerischen Friedensbewegung, ist am 18. Juni 2018 gegründet worden. Er trifft sich grundsätzlich einmal pro Monat in Basel.

Unsere Ziele

«Argus» ist eine Plattform für aktive Meinungsbildung, wo friedensrelevante Themen selber bearbeitet, eigene Forschungen gemacht und Resultate kontrovers diskutiert werden.

Der Diskussionsclub ist parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral und einzig und allein der

Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Er ist offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Anmeldung

Interessierte können sich mit untenstehendem Talon oder hier anmelden: argus@friedensbewegung.ch.

Ich interessiere mich für «argus»

Name
Vorname
Strasse, Nr
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL

Internationaler Währungsfonds stürzt Lateinamerika ins Elend

Weder Neo noch liberal

Chile im Ausnahmezustand, Ecuador im Belagerungszustand, Kolumbien in einer humanitären Krise, Peru in einer politischen Krise, Brasilien gelähmt, Argentinien zerstört, Paraguay erschöpft, Lateinamerika in Flammen.

Von Marco A. Gandásegui

Sieben Länder Südamerikas, die sich strukturellen Anpassungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterziehen mussten, sind dem politischen Chaos erlegen. Gegenwärtig werden sie von Terror oder Hunger regiert. Im übrigen Lateinamerika ist die Situation gleich oder schlimmer. Haiti ist zerrissen, Honduras zerstört, Guatemala lebt seine Tragödie, El Salvador unter Terror und Mexiko versucht, sich von seinen Ketten zu befreien.

Lateinamerika ist in hohem Masse wie nie zuvor von der US-Politik und den Anpassungen seines Finanzarms, des IWF, erfasst worden. Die Anpassungen des IWF sind in jedem Land der Region gleich. Sie beginnen mit einer ersten Armverdrehung, der Beseitigung oder Reduzierung der öffentlichen Ausgaben. Es folgt die Anwendung der «Schockbehandlung», die Privatisierung aller öffentlichen Güter. Was die Arbeitenden hier während Jahrzehnten für die Allgemeinheit angespart haben, wird in kürzester Zeit mit einigen wenigen Erlassen aufgehoben. Der nächste Schritt ist die «Flexibilisierung» der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die zu einer deutlichen Lohnsenkung führt.

Die Umsetzung der Anpassungen erfolgt durch «starke» Systeme. Sie müssen die Arbeitenden im Guten wie im Schlechten davon überzeugen, dass ihr Opfer dem Wohl des Landes dient. Die Repressionsmassnahmen stehen im Einklang mit dem Widerstand der Bevölkerung: Pinochet in Chile, Fujimori in Peru, Salinas de Gotari in Mexiko und viele andere. In Panama begünstigten die Anpassungen des IWF die Kapitalgeber in aussergewöhnlicher Weise. In den 1970er Jahren, vor dem IWF, waren 66 Prozent des im Land produzierten Reichtums Teil der Lohnmasse, die die Arbeiter erhielten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts war die Beziehung umgekehrt, 66 Prozent des Vermögens gingen an die Arbeitgeber und nur 34 Prozent kamen zu den Arbeitern und ihren Familien.

Die Anwendung der Anpassungen geht einher mit leeren Versprechungen, die die Arbeitnehmer für eine gewisse Zeit einzulullen vermögen. Das beliebteste Versprechen der Arbeitgeberregierungen ist, dass die Konzentration des Vermögens unter den Reichsten eine Grenze hat. Die Anhäufung von Reichtum werde bald das Glas füllen und was dann über den Rand fliesse, komme den Arbeitnehmern und anderen Sektoren, die verarmt sind, zugute. Das Versprechen wird nie Wirklichkeit. Im Gegenteil, die Armut wird unerträglicher und bricht jede Art von Kommunikation zwischen Arm und Reich, zwischen Kapitalisten und Arbeitern.

Das 21. Jahrhundert ist in der gesamten Region geprägt durch soziale Explosionen als Folge von Anpassungsmassnahmen. In Argentinien haben sie es bereits zweimal erlebt. Auch in Peru und Ecuador. In Haiti gibt es einen permanenten Zustand des Aufstands und der Unterdrückung. Was einige als eine «katastrophale Verknüpfung» bezeichnen könnten. Ende des letzten Jahrhunderts und Anfang des jetzigen Jahrhunderts erwiesen sich die neoliberalen Anpassungsmassnahmen als nutzlos. Sie ermöglichten es zwar den Kapitaleignern, immer mehr Vermögen anzuhäufen und liessen Milliarden entstehen. Aber gleichzeitig war

fen sie Dutzende von Millionen von Arbeitern in den Abgrund der Armut. Das neoliberale Rezept erwies sich als unhaltbar.

Um dem Chaos der USA und des IWF in Lateinamerika zu begegnen, entstanden «rosarote» demokratische Regierungen. Chávez in Venezuela, Correa in Ecuador, Kirchner in Argentinien, Lula in Brasilien, Zelaya in Honduras, die Regierungen der jeweiligen Fronten in Nicaragua und El Salvador, die den Arbeitnehmern günstigere Regierungsprogramme präsentierten. Die Oligarchien dieser Länder erklärten den Kriegszustand. Sie erhielten die Unterstützung der sogenannten «Zivilgesellschaft» (obere Mittelschicht) und der Vereinigten Staaten. In vielen Fällen war die Reaktion erfolgreich. In anderen

Antiimperialistische Solidarität

Gemeinsam offensiv

Rund 1200 Delegierte aus über 86 Ländern aller fünf Kontinente trafen sich vom 1. – 3. November im Kongresszentrum von Havanna zum III. Antiimperialistischen Solidaritätstreffen für Demokratie und gegen Neoliberalismus. Aus der Schweiz mit dabei war u.a. Dr. Natalie Benelli.

Von Natalie Benelli

Unter der Schirmherrschaft des kubanischen Kapitels der Sozialen Bewegungen hatte das Kubanische Institut für Völkerfreundschaft ICAP Arbeiter-, Bauern-, Friedens- und soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Solidaritätsgruppen sowie politische und religiöse Organisationen aus aller Welt nach Havanna eingeladen, um die im Kampf gegen Neoliberalismus und neokoloniale Unterdrückung notwendige Artikulation der progressiven, antiimperialistischen Kräfte weltweit voranzutreiben.

Dem Aufruf folgten grossmehrheitlich Delegierte lateinamerikanischer und karibischer Länder und Bewegungen, deren Kampf gegen die neokoloniale Politik der US-Regierung und ihrer Verbündeten und für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Zentrum des dreitägigen Solidaritätstreffens stand. Dabei wurde Kubas Rolle als Vorbild und Hoffnung für ihre eigenen Kämpfe hervorgehoben und die seit 60 Jahren anhaltende, kriminelle US-Blockade gegen Kuba aufs massivste verurteilt. VertreterInnen aus Afrika und Lateinamerika dankten der karibischen Insel dafür, dass diese trotz der Blockade ihre internationale Solidaritätsmissionen nie infrage gestellt hatte.

Die Delegierten verurteilten die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der unterdrückten Völker Lateinamerikas und Afrikas durch internationale Konzerne und ihnen höriger Regierungen, die Millionen von Menschen weltweit ihrer sozialen und politischen Menschenrechte beraubt, zu einem Leben in Hunger, Analphabetismus, Krankheit und Obdachlosigkeit verurteilt und in der repressiven Verfolgung sozialer Bewegungen und der Ermordung ihrer Anföhrerinnen und Anföhrer mündet, so aktuell in Kolumbien, Honduras, Peru, Chile und Ecuador. Es wurde betont, dass es im Kampf gegen die neoliberale Ausbeutung um nichts weniger als das Überleben des Planeten, Frieden und soziale Gerechtigkeit für alle gehe. Diese seien innerhalb des kapitalistischen Modells unmöglich. Länder, die sich der imperialistischen Unterdrückung und der Ausbeutung ihrer Ressourcen entgegenstellten, würden

(Venezuela, Bolivien) gelang es dem Widerstand, die Vereinigten Staaten einzudämmen, allerdings mit sehr hohen Kosten.

Die USA machten gegen die Parolen von Chávez, Lula, Kirchner, Evo und Correa, die Veränderungen und in einigen Fällen sogar den Sozialismus (im Bernie Sanders Stil) verkündeten, mobil. Der IWF lehnte jedoch die Idee einer gerechteren Verteilung des Nationalvermögens ab. Die jüngsten Aufstände in Honduras, Argentinien, Ecuador und Chile sind Zeichen für das Scheitern von Massnahmen, die die Menschen verarmen lassen. Die einzige Formel, die für die Länder der Region erfolgreich sein könnte, ist die regionale Einheit. Nur als ein geeinter Block können sie sich den Weltmächten und ihren Finanzinstrumenten entgegenstellen.

Quelle: Blog von Marco A. Gandásegui, Jr., Professor für Soziologie an der Universität von Panama. Übersetzung UW

durch illegale Sanktionen und Blockaden wirtschaftlich zugrunde gerichtet, wie namentlich die Beispiele von Venezuela, Nicaragua, Bolivien, Syrien, Iran und vielen mehr zeigen.

Neben den zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit Kuba und Venezuela und aller progressiven Regierungen und Bewegungen wurde in den Plenumsveranstaltungen und thematischen Arbeitsgruppen die politischen, ideologischen und organisatorischen Herausforderungen der Artikulation aller progressiven Kräfte weltweit diskutiert. Das Ergebnis war ein gemeinsamer Aktionsplan mit 61 Punkten, der die Basis einer gemeinsamen Strategie bilden soll. Der Aktionsplan sieht u.a. vor, das Jahr 2020 zum Jahr der gemeinsamen Offensive der Völker für die Demokratie und gegen den Neoliberalismus zu machen.

Der Schlussakt wurde durch Raúl Castro Ruz, den kubanischen Präsidenten Miguel Diaz-Canel und den Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Nicolás Maduro Moros bestritten. Maduro erinnerte in seiner Ansprache daran, dass 1989 mit dem «Caracazo» in Venezuela der erste Aufstand in Lateinamerika gegen die neoliberale Politik des Internationalen Währungsfonds IWF stattfand und 1998 mit Hugo Chávez Wahl zum Präsidenten das erste Mal in der Geschichte eine Bewegung gewann, die sich dieser neoliberalen Politik entgegenstellte. Dies zeige, dass eine Alternative zum «entfesselten Kapitalismus» möglich ist und durch eine gerechtere Verteilung des Reichtums allen Menschen fundamentale Menschenrechte zugesichert werden können. Präsident Diaz-Canel dankte in seinem Schlusswort den Anwesenden für ihre Solidarität und Unterstützung Kubas im Kampf gegen die kriminelle Blockade. Er betonte, die kubanische Hauptstadt werde immer allen offenstehen, die den Frieden und die Solidarität zwischen den Völkern verteidigen, und unterstrich die Wichtigkeit der Einheit aller progressiven Kräfte weltweit gegen den US-Imperialismus. Die Geschichte könne nur von den Völkern selber in neue Bahnen gelenkt werden. Er schloss mit den Worten «Eine bessere Welt ist möglich, nötig und dringend. Kämpfen wir für sie!»



Teil der europäischen Kampagne gegen die wirtschaftliche Erdrosselung Kubas: Schweizweiter Plakataushang, hier auf dem Marktplatz in Basel. Foto Wanitsch

Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!

Unblock Cuba

Hiesige Organisationen – darunter die Schweizerische Friedensbewegung SFB – beteiligen sich aktiv an europaweiten Aktionen, die das humanitäre Verbrechen der wirtschaftlichen, finanziellen und Handelsblockade Kubas durch die USA einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen wollen.

Von Sämi Wanitsch

Anlass zu verstärkten Bemühungen sind einerseits die ständig noch verschärften Sanktionen des Trump-Regimes, die bezeichnenderweise in den hiesigen Leitmedien kaum Erwähnung finden, und andererseits die jeweils im Spätherbst stattfindende Abstimmung an der UNO-Vollversammlung in New York über die von Kuba eingebrachte Resolution zur Aufhebung der US-Blockade. Seit Jahren sind die Resultate jeweils glasklar; die überwiegende Mehrheit der Länder spricht sich für die Beendigung dieser völkerrechtswidrigen Sanktionen aus, am vergangenen 7. November gerade wieder mit 187 zu 3 Stimmen (USA, Israel und das würdelose Brasilien von Bolsonaro) bei 2 Enthaltungen (Ukraine und Kolumbien).

Die von der Kuba-Solidarität in Deutschland und der Tageszeitung «junge welt» initiierte Kampagne Unblock Cuba hält fest:

«Die Blockadepolitik hat dramatische Folgen für die Bevölkerung in Kuba. Wichtige Medikamente können nur auf Umwegen und überteuert importiert werden. Im September musste Kubas Regierung ihren Bürgern mitteilen, dass aufgrund der US-Massnahmen über Wochen kein einziger Öltanker die Insel mehr anlaufen werde, was zu schwerwiegenden Auswirkungen bei der Energieversorgung führen musste.

Die Regierungen von BRD, Österreich und der Schweiz belassen es derweil bei wohlfeilen Worten, werden jedoch gegen die Auswirkungen der US-Blockade gegen Kuba nicht aktiv.»

Skandalöse PostFinance

Eine von Schweizer Organisationen lancierte Petition gegen die US-Blockade (<https://act.campax.org/petitions/unblock-cuba-1>) bringt es folgendermassen auf den Punkt:

«Auch die Schweizer Banken machen mit in diesem opportunistischen <Spiel>, beugen sich dem Druck der US-Regierung und werden Teil dieser US-Kriegsföhrung! Lieber Geschäfte und Gewinne in den USA als sich zu ethischen Grundsätzen bekennen und das Völkerrecht beachten!

Nun hat auch das Finanzinstitut PostFinance, eine Tochtergesellschaft der Postgruppe (100% im Besitz des Bundes), eine der letzten, die den Zahlungsfluss aufrechterhielt, die Geldtransfers nach Kuba eingestellt. Eine Katastrophe für viele NGOs, die lebenswichtige Hilfsprojekte in Kuba durchführen, für Schweizer KMU, die das Risiko eingegangen sind, auf der Insel zu investieren und zu arbeiten; dasselbe gilt für viele Menschen, die ihre Familien auf Kuba finanzi-

ell unterstützen, für Rentner, die sich entschieden haben, ihre letzten Tage dort zu verbringen, oder einfach für Freunde und Sympathisanten, die Geld an Menschen überweisen oder Projekte für humanitäre oder solidarische Zwecke.»

Farbe bekennen

Im Parlament in Bern warten zwei Interpellationen auf die Beantwortung durch den Bundesrat, voraussichtlich in der Dezember-Session:

In Sicherer Zahlungsverkehr. Rolle der Schweiz als Gastland sichern begründet Fabian Molina (SP) mit 10 Mitunterzeichnenden: «Wenn diplomatische Vertreter in der Schweiz aufgrund ausländischer Sanktionen mit extraterritorialer Wirkung nicht mehr davon ausgehen können, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können, schadet das dem Ansehen unseres Landes, schwächt die Rolle der Schweiz als Gaststaat sowie die internationale Ordnung.»

Nationalrat Denis de la Reussille (PdA) fragt in Relation Bancaire PostFinance-Cuba ganz direkt (übersetzt aus dem Französischen):

«Hat der Bundesrat PostFinance angewiesen, die Bankbeziehungen zu Kuba einzustellen?

Wenn dies tatsächlich der Fall ist, wie hätte dies geschehen können, ohne dass dieser Beschluss in den Ad-hoc-Ausschüssen diskutiert wurde?

Wenn der Auftrag nicht vom Bund kommt, wie kann PostFinance dann einen solchen Entscheid mit grossen politischen Auswirkungen treffen, ohne ihn mit den Eigentümern zu diskutieren und ohne jemanden zu informieren? (....)»

Banken haben unter dem Druck der USA längst alle Beziehungen zu Kuba eingestellt, PostFinance war die letzte legale Möglichkeit, Geld nach Kuba zu schicken. Hält es der Bundesrat für angemessen, dass es nun notwendig ist, indirekte Mittel zur Durchführung dieser Operationen zu finden?

Wenn PostFinance kein Auftrag erteilt wurde und dieser Entscheid ohne Bezugnahme auf jemanden getroffen wurde, wird der Bundesrat dann eingreifen, um die Situation wiederherzustellen?

Und wenn nötig, Massnahmen gegen die Person(en) ergreifen, die für diese schädliche Entscheidung verantwortlich sind, und sicherstellen, dass sich dies nicht wiederholt?

Wir sind gespannt auf die Antwort des Bundesrates.

Fakt ist: Dieser Boykott gegen Kuba (wie gegen Venezuela, Syrien, Iran...) ist ein humanitäres Verbrechen!

Samuel Wanitsch ist Mitglied der Nationalen Koordination der Vereinigung Schweiz-Cuba und Vorstandsmitglied der SFB. Weitere Infos: www.cuba-si.ch

Aus der Dunkelkammer des Kalten Krieges

Gladio Swiss Made

Peter Beutler, begnadeter Autor von Politthrillern mit realen Ab- und Hintergründen, widmet sein neuestes Werk der Geheimarmee P-26. Rund um eine akribisch aufgearbeitete Faktenlage führt er uns in «Der Bunker von Gstaad» in eine unglaubliche Geschichte aus dem Kalten Krieg zurück und bietet in der Manier seiner früheren Romane mögliche Lösungen für rätselhafte Vorgänge innerhalb der (rechts-)bürgerlichen Nomenklatura unseres Landes.
Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung des Autors Auszüge aus seinem Nachwort.

Von Peter Beutler

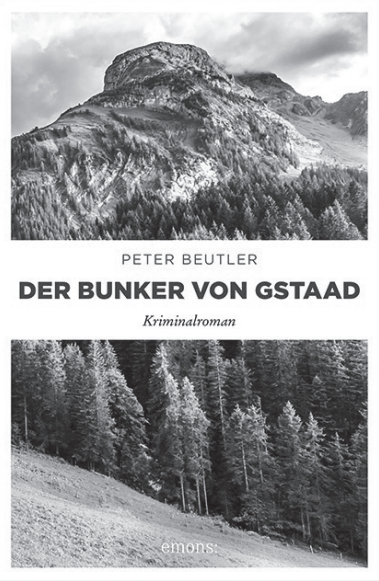
Die P-26, Projekt 26, war eine geheime Kaderorganisation. Nachdem sie im Frühjahr 1990 enttarnt worden war, stellte sie der damalige Bundesrat, die Landesregierung, als Institution zur Aufrechterhaltung des Widerstandswillens in einer besetzten Schweiz dar. Schon bald äusserten kritische Journalisten, liberale und linke Kreise Zweifel an dieser offiziellen Version.

Seit dem März 1985 amtete Michail Sergejewitsch Gorbatschow als Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Er leitete kurz nach seiner Machtübernahme das Ende des Kalten Krieges ein. Obwohl 1990 die sowjetische Armee für die Schweiz längst keine Bedrohung mehr darstellte, war die P-26 immer noch im Aufbau begriffen. Die P-26 war die geheime Organisation, die bei einer Besetzung der Schweiz durch die Rote Armee hätte aktiv werden sollen.

Das Parlament übte nie die Kontrolle über die P-26 aus. Kein einziges Mitglied des Bundesrates habe von ihrer Existenz gewusst. Das zumindest behauptete der damalige Verteidigungsminister Kaspar Villiger. Die P-26 wurde mit Krediten, die für das Eidgenössische Militärdepartement, das EMD, bestimmt waren, über eine private Firma finanziert.

Unklarheit herrschte auch über den Auftrag, der von den Organisatoren dieser klandestinen Körperschaft eigenmächtig festgesetzt wurde. Nicht nur bei einer Besetzung durch einen äusseren Feind – dafür kamen ausschliesslich die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Frage, und das lediglich bis 1985 –, sondern im Zweckartikel stand auch: «Als letzter Fall erscheint der innere Umsturz durch Erpressung, Unterwanderung und/oder dergleichen möglich.»

Was unter Letzterem zu verstehen ist, liegt auf der Hand. In den Köpfen rechter Kreise im Offizierskorps, in den Zentralen der Wirtschaft, der Banken und rechtsbürgerlichen Vereine konnte ein linker Wahlsieg als Folge von «Unterwanderung und/oder dergleichen» ausgelegt werden. (...)



Peter Beutler, *Der Bunker von Gstaad*, Kriminalroman, Broschur, 336 Seiten, Emons Verlag, Köln 2019, ISBN 978-3-7408-0608-8.
Erhältlich über Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89 oder jede andere Buchhandlung.

Die Südafrika-Connection

Die P-26 wurde vom militärischen Nachrichtendienst, MND, geplant und aufgebaut. Die Geheimarmee war während ihres Bestehens stets mit dem MND verbunden. Der bedeutendste Offizier des MND in den 1980ern und 1990ern war Peter Regli.

Als Fliegernachrichtendienstchef leitete Regli in den frühen 1980er-Jahren geheime Pilotenaustausche mit dem südafrikanischen Apartheidregime in die Wege. 1986 vereinbarten die Geheimdienste der Schweiz und Südafrikas einen Know-how-Austausch über C-Waffen, wie Mitte der 1990er der ehemalige Chef des südafrikanischen Geheimdienstes, General Chris Thirion, während einer Vernehmung durch eine Wahrheitskommission enthüllte.

Belegt ist von schweizerischen Stellen, durch das EMD und den MND, dass am 25. Januar 1988 Wouter Basson, der Leiter des südafrikanischen ABC-Waffen-Programmes «Project Coast», in Begleitung eines Polizeigenerals mit Vertretern des AC-Laboratoriums Spiez zusammentraf.

Laut Basson wurde diese Zusammenkunft durch einen engen Vertrauten Reglis vermittelt. Das «Project Coast» bezweckte mit B- und C-Waffen damals mögliche Aufstände der schwarzen Bevölkerung niederzuschlagen.

Gegen Basson, der wegen seiner Morde auch «Dr. Tod» genannt wird, liefen ab 1995 in Pretoria verschiedene Gerichtsverfahren. Aus politischen Gründen, um die Spannung zwischen der schwarzen und der weissen Bevölkerung abzubauen, wurden diese Ermittlungen in der Zwischenzeit eingestellt.

Auch in der Schweiz warf die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika hohe Wellen. Dabei stand der 1991 zum Divisionär beförderte Regli immer im Mittelpunkt. Er wurde 1999 wegen einer anderen Affäre abgesetzt. Vor seinem erzwungenen Rücktritt liess Regli nahezu sämtliche Akten über die nachrichtendienstliche und militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime schreddern. Diese Aktenvernichtung hatte er nie bestritten. Gegen Regli wurde deswegen, allerdings erst 2003, eine Strafanzeige eingereicht. Das nachfolgende Gerichtsverfahren zog sich hin. Obwohl eine Untersuchungskommission des Parlaments das Schreddern der Akten als unrechtmässig bezeichnete, wurde Regli 2007 vom Bundesrat vollständig rehabilitiert. Begründung: Die Aktenvernichtungen im Geheimdienst seien im Interesse der Schweiz gewesen.

Reglis Rehabilitation war der wohl grösste innenpolitische Skandal im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Sie stiess bei Hilfswerken, Dritte-Welt-Organisationen und der politischen Linken (Sozialdemokraten, Partei der Arbeit, Grüne) auf Empörung und beschädigte nachhaltig das Ansehen der Schweiz in der Völkergemeinschaft. (...)

Die PUK EMD

Bereits wenige Wochen nach der Enttarnung der P-26 beschlossen National- und Ständerat, die parlamentarische Untersuchungskommission, eine PUK EMD, einzusetzen. Am 17. November 1990 stellte sie ihren Abschlussbericht der Öffentlichkeit vor.

Darin wurde die P-26 als illegale Organisation bezeichnet, die unverzüglich aufzulösen sei. Was auch umgehend geschah.

Allerdings unterliegen die offiziellen Berichte und Belege, die Akten der P-26, bis 2041 der Geheimhaltung.

Mit den Ermittlungen der PUK EMD wurden längst nicht alle Geheimnisse der P-26 gelüftet, und die Ergebnisse sind auch nur zu einem kleinen Teil der Öffentlichkeit zugänglich. Im Nachgang zum PUK-EMD-Bericht erstellte der Neuenburger Untersuchungsrichter Pierre Cornu den «Schlussbericht» in der Administrativuntersuchung zur Abklärung von allfälligen Beziehungen zwischen der P-26 und analogen Organisationen im Ausland. Zwar wurde eine stark gekürzte, unvollständige Fassung am 5. August 1991 veröffentlicht. Sie konnte aber nicht überzeugen. Viele Fragen blieben offen. Die integrale Version bleibt ebenfalls nach einer Sperrfrist von fünfzig Jahren bis 2041 geheim.

Beziehungen zu analogen Organisationen im Ausland

Was ist unter den analogen Organisationen im Ausland zu verstehen? Sie können sämtlich als sogenannte Stay-behind-Armeen der NATO bezeichnet werden. Es gab sie in allen Ländern des westlichen Europa. In ihrem Aufbau und ihren Zielsetzungen glichen sie wie ein Ei dem anderen. Etwa, was ihre Grösse betraf. Keine dieser paramilitärischen Einheit umfasste mehr als tausend Mitglieder. Der kleinere Teil bestand aus dem Kader, vornehmlich aktive oder ausser Dienst gestellte höhere Stabsoffiziere, der andere, der weitaus grössere, aus Feldsoldatinnen und -soldaten.

Dabei handelte es sich um patriotisch und rechtsbürgerlich gesinnte Personen mit angeblich gutem Leumund. Die meisten von ihnen hatten zuvor als Subaltern-Offiziere, Unteroffiziere oder Soldaten in der Milizarmee gedient. Nur ein verschwindend kleiner Teil gehörte der Sozialdemokratischen Partei oder Gewerkschaften an. Mitglieder noch linkerer Parteien wie der Partei der Arbeit, PdA, oder der Progressiven Organisation der Schweiz, POCH, gab es keine in der P-26.

Auch aufgebaut waren die paramilitärischen Einheiten in den einzelnen Ländern gleich: Die Zellen bestanden aus drei bis sechs Leuten. Jede Zelle operierte autonom und unterstand direkt der dafür zuständigen NATO-Organisation. Für die nicht der NATO angehörende Schweiz bedeutete das eine Verletzung der in der Verfassung festgeschriebenen Neutralität.

Die Enttarnung der P-26

Sozusagen alle Stay-behind-Organisationen der NATO wurden 1990 enttarnt. Interessanterweise war die P-26 die erste, die aufflog, dann die italienische Gladio, kurz danach die von Deutschland, dann die der Beneluxstaaten, die von Frankreich und Spanien. Die restlichen folgten im Wochentakt. Die Stay-behind-Organisationen werden seitdem generell als «Gladios» bezeichnet.

Mit der Enttarnung gerieten einige Gladios in den Verdacht, sich an Terroranschlägen beteiligt zu haben. Fest steht, dass das Attentat auf den Bahnhof von Bologna vom Sommer 1980 die Handschrift der italienischen Gladio trägt. Es existieren keine Beweise, dass die Bombe, die Ende September 1980 am Oktoberfest auf der Theresienwiese in München hochging, unter Mitwirkung der deutschen Gladio gelegt wurde. Doch es gibt zahlreiche Hinweise, die darauf hindeuten. Das gilt auch für die blutigen Anschläge Mitte der achtziger Jahre im belgischen Brabant.

Ganz sicher ist aber die Beteiligung mehrerer Gladios an den Kämpfen

der britischen Armee im nordirischen Bürgerkrieg. Da ist es zumindest wahrscheinlich, dass die P-26 auch mit von der Partie war. Die «Heldentaten» des Geheimarmisten Hürlimann, der in Belfast einen IRA-Führer umlegte, sind festgehalten (Urs Frieden, die England-Connection. P-26, PUK EMD: Geheimarmist Hürlimann im Manöver. WOZ, 30. November 1990).

Alboth und sein Freund Jean-Louis Jeanmaire

Im April 1990 wurde der hohe Stabs-offizier Herbert Alboth in seiner Wohnung im bernischen Köniz erstochen aufgefunden. Die Tatwaffe: sein eigenes Bajonett. In der Armee stieg Alboth bis zum Oberstleutnant der Luftschutztruppen auf. Er war führendes Mitglied der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr, UNA, der Vorgängerorganisation der «Geheimarmee» P-26, an deren Aufbau er sich massgebend beteiligte.

Das Tötungsdelikt wurde in den Medien kontrovers diskutiert. Schon bald kam der Verdacht auf, Alboths gewaltsamer Tod stehe im Zusammenhang mit der kurz zuvor sistierten Geheimarmee. Das wurde von Offizieren aus Geheimdienstkreisen heftig bestritten. Man brachte eine andere Theorie in Umlauf. Der Täter komme aus der Schwulenszene, der Alboth angehört habe.

Kurz nach Alboths Tod meldete sich Jean-Louis Jeanmaire bei der Berner Kantonspolizei: Der wegen Landesverrat an die Sowjets zu einer langen Zuchthausstrafe verurteilte Brigadier gab zu Protokoll, sein Freund Alboth habe kurz vor seiner Ermordung EMD-Chef Villiger angeboten, «als Insider» bei der Aufdeckung der «ganzen Wahrheit» über die vermeintliche «Geheimarmee» mitzuhelfen. Dass Alboth Bundesrat Villiger einen entsprechenden Brief schrieb, ist belegt. Villiger lehnte das Angebot ab.

Schliesslich kam Oberst Albert Bachmann ins Spiel, der Vorgesetzte von Alboth in der UNA. In Alboths Unterlagen fanden die Ermittler Fotos, die er bei einem Besuch Bachmanns in Irland gemacht hatte. (Nach einer Spionageaffäre liess sich Bachmann dort nieder.) Bachmann wurde zu einer Befragung nach Bern aufgebeten. Man zeigte ihm die Fotos. Bachmann riet dem polizeilichen Sachbearbeiter, diese zu vernichten, da es sich um Aufnahmen von Führungspersonen der Geheimarmee handle. Ohne Rücksprache mit dem Untersuchungsrichter tat er dies. Der Vorfall wurde öffentlich bekannt und brachte die Ermittlungsbehörde in eine peinliche Situation. In den Medien musste sie sich den Vorwurf gefallen lassen, Beweismittel beiseitegeschafft zu haben.

Der Mord an Alboth ist bis jetzt nicht aufgeklärt.

Verschwundene Akten

Der Bund findet Akten zur Geheimarmee P-26 nicht mehr:

SRF, Curdin Vincenz, Samstag, 03.02.2018

Nur eineinhalb Seiten – ziemlich versteckt am Ende des Jahresberichts der Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments (GPDeI) – widmet das Gremium verschwundenen Akten zur Schweizer Widerstandstruppe P-26. Die GPDeI beaufsichtigt alles Geheime der Bundesverwaltung, und seit über einem Jahr fordert sie vom VBS Auskunft über den Verbleib der Dokumente.

Auf die fehlenden Akten wurden die Parlamentarier durch einen Zufall aufmerksam, wie der «Tages-Anzeiger» berichtete. Ein Historiker wollte im Bundesarchiv die Dokumente einsehen – nur dort waren sie nicht. Schon das hätte nicht sein dürfen, sagt Claude Janiak, SP-Ständerat und Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation.

Keine Handhabe gegen säumige Ämter
Das Militärdepartement hätte die Pflicht gehabt, «dem Schweizerischen Bundesarchiv alle Unterlagen des Bundes zur Aufbewahrung und Nutzbarmachung abzuliefern. Diese Verpflichtung hat schon damals bestanden», so Janiak. «Nur für Ämter, die das nicht tun und ihre Akten behalten, sieht das Gesetz keine Sanktionen vor. Bis heute nicht», sagt Sacha Zala, der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte auf Anfrage von SRF. Ein Umstand, den er stossend findet.

Die fraglichen Akten über die P-26 – gemäss «Tages-Anzeiger» sind es sieben Ordner – betreffen mögliche Beziehungen der Geheimarmee zu ausländischen Organisationen. Sie waren auch im Verteidigungsdepartement bis jetzt nicht aufzufinden, obwohl man sich dort nach eigenen Angaben seit über einem Jahr sehr darum bemüht. Aufgetaucht ist nur der, nach wie vor geheime, zusammenfassende Bericht über diese Auslandskontakte.

Bis jetzt nur Spekulationen
Der Historiker, der die ganze Sache ins Rollen brachte, will über Hinweise verfügen, dass die Akten vorsätzlich vernichtet worden seien. Dazu sagt Janiak: «Also, wir haben diesbezüglich im Moment keinen Wissensstand. Ich kann dazu eigentlich nichts Substantielles sagen. Das Problem ist, in der jetzigen Situation sind Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Und das ist nie gut.» (...)

Im VBS sucht man unterdessen weiter nach den verschwundenen Ordnern. Bleibt die Suche ohne Ergebnis, lasse seine Kommission das nicht einfach auf sich beruhen, versichert Janiak: «Wir werden sicher mit den damals Verantwortlichen Rücksprache nehmen. Bundesrat Kaspar Villiger war damals Chef. Wir werden versuchen hier weiterzukommen.» Besprechen wird dies die Kommission an ihrer nächsten Sitzung gegen Ende Monat.

Sollen Machenschaften vertuscht werden?

Bis jetzt sind die Akten der P-26 noch nicht gefunden worden. Wo waren diese Akten überhaupt? Vielleicht im Bunker von Gstaad, im «Hotel Schweizerhof»? Wurden sie dann verlegt, durch ein Missgeschick entsorgt? Hochgeheime Akten, belegt mit einer Sperrfrist von fünfzig Jahren – erst 2041 der Allgemeinheit zugänglich. Wurden diese Dokumente vorsätzlich geschreddert? Eine durchaus rechtswidrige Hintergehung, um kriminelle Machenschaften der P-26 vor der Nachwelt zu verstecken? (...)



Sonderausstellung P-26 - Geheime Widerstandsvorbereitungen im Kalten Krieg, 30. August 2019 bis 13. April 2020, Museum Altes Zeughaus Solothurn. Die Ausstellung nähert sich der Geschichte und Gestalt der P-26 an und bettet die Entstehung der Organisation in den Kontext der Schweiz im Kalten Krieg ein.



Der Flug der Taube ist nicht zu Ende

Friedensfreundinnen und -freunde aus der ganzen Schweiz und aus verschiedenen Ländern Europas feierten am 21. September 2019 im historischen Basler Schmiedenhof den 70. Jahrestag der Gründung der Schweizerischen Friedensbewegung.

Bereits am Nachmittag versammelte sich ein aufmerksames Publikum zu einem Podiumsgespräch über die heutigen Herausforderungen an die Friedensbewegung in Europa. Der Vernissage des neuen Buches von UW-Redaktor Martin Schwander

zur Geschichte der Schweizer Friedenspartisanen, «Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde.» folgte die Präsentation der Projektarbeit einer Klasse der Zürcher Hochschule für Visuelle Kommunikation durch ihren Dozenten Richard Frick und die Prä-

mierung des offiziellen Jubiläumspaketes der Zuger Grafikerin und Fotografin Jessica Rocha durch Monika Waser. Moderatorin Fränzi Genitsch durfte danach zu einem schmackhaften Apéro laden, während dem WFR-Vertre-

ter Iraklis Tsavdaridis die Grüsse der Weltfriedensbewegung überbrachte. Abgeschlossen wurde die Jubiläumsfeier durch ein hochstehendes Kulturprogramm, mit Friedens- und Solidaritätsliedern der Berner Singgruppe Linksdrall und mit dem Duo Encuentro, welches mit seinem Beitrag den Freiheitskampf der Völker Lateinamerikas würdigte.

Weltfriedensrat gratuliert der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) Stets für die gerechte Sache

Iraklis Tsavdaridis, Exekutivsekretär des Weltfriedensrates (WFR), überbrachte am 21. September 2019 in Basel die Grüsse des WFR zum 70. Jahrestag der Schweizerischen Friedensbewegung. Er führte u.a. aus:

Von Iraklis Tsavdaridis

Es ist eine persönliche Ehre und eine grosse Freude für den Weltfriedensrat, heute hier in Basel mit den Friedensfreunden aus der Schweiz und allen anderen Internationalen Gästen der WFR-Tagung an dieser Veranstaltung teilzunehmen und ein Grusswort unseres gemeinsamen WFR an Euch zu richten. Wir möchten Euch herzlich gratulieren, Euch alles Gute wünschen und Euch sagen wie stolz wir im WFR auf die SFB und Eure Geschichte sind.

stand. Der WFR und alle seine Mitglieder wurden so diffamiert und bekämpft, als Instrumente der UdSSR, weil wir die anti-imperialistische und Internationalistische Solidarität immer hervorgehoben haben, als Prinzip und Teil unserer Identität. Die SFB hat mehrere Konferenzen und Kongress des WFR beherbergt (...). Eine sehr bedeutende internationale Konferenz fand im Mai 1978 in Basel statt, eine Konferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung. Viele mehr folgten in den nächsten Jahren, wie die Internationale Solida-

letzten 20 Jahre voll «beschäftigt», ihre Hegemonie auszubauen kostete es was es will. Der WFR hat zu diesen Fragen klare Positionen eingenommen bis heute. (...) Wir bekräftigen unsere feste Überzeugung und unser Engagement für die Rechte des syrischen Volkes vor den verbleibenden fundamentalistischen Söldnern und fordern den Abzug der türkischen Truppen im Norden sowie den vollständigen Abzug der US-Truppen und deren Stützpunkte aus Syrien. Das tapfere syrische Volk leidet seit acht Jahren unter einer beispiellosen international koordinierten imperialistischen Aggression und hat bisher grosse Opfer gefordert. Nur das syrische Volk hat das Recht, über seine Zukunft und seine Führung zu entscheiden. Wir lehnen jegliche Aktionen für einen gewaltsamen «Regimewechsel» ab, wie es in mehreren Fällen vor allem in Libyen nach der NATO-Aggression im Jahr 2011 geschehen ist. Ebenso verurteilen wir das anhaltende Massaker an dem Jemenitischen Volk, das durch die von Saudi-Arabien angeführte und von den USA unterstützte Aggression eine gewaltige humanitäre Krise seit vielen Jahren erlebt. Die jüngste und anhaltende imperialistische Aggression mit dem Putschversuch in Venezuela mit einer Marionette der USA als selbsternannter «Interimspräsident» stellt nicht nur einen klaren Verstoß gegen jeden Sinn des Völkerrechts und der UN-Gründungscharta dar. Sie erinnert uns auch an die dunkelsten Zeiten imperialistischer Interventionen, Diktaturen und militärischen Angriffe in Lateinamerika. (...) Es ist anzumerken, dass die Regierung Kolumbiens, der jüngste NATO-Partner in der Region, eine entscheidende negative Rolle spielt und zusammen mit der neuen Regierung Brasiliens auch für mögliche militärische Abenteuer und Aggressionen der USA gut sind.



Iraklis Tsavdaridis, Exekutivsekretär des Weltfriedensrates, überbringt die Grüsse des WFR. Foto UW

Es ist auch eigentlich so, dass wir ein doppeltes Jubiläum haben, da der WFR auch 70 Jahre feiert, und das ist natürlich kein Zufall. Die Geschichte der SFB und des WFR, wie in vielen anderen Fällen in der Welt, ist so verbunden und verflochten, dass man sich die eine Organisation ohne die andere gar nicht vorstellen könnte. Mehrere grosse Persönlichkeiten des WFR kamen aus der Schweiz, unter anderem Dr. Heinrich Helstern, Ehrenpräsident des WFR, Joe Stebler, Franz Keller, Martin Jäggi und viele mehr. Viel Zeit ist vergangen von den Gründungstagen des WFR und der SFB. Der gemeinsame Grund und Basis für die Gründer war das Motto: «Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus». (...) Dem WFR und der SFB war immer bewusst, dass in dieser Welt nicht alle «Brüder und Schwestern» sind, und dass sich die westlichen Siegermächte sehr schnell auf den nächsten Tag vorbereiteten. Die NATO wurde schon im April 1949 gegründet, als angebliche Antwort auf etwas, das es noch gar nicht gab, den «Warschauer Vertrag», der erst 4 Jahre später ent-

ritätskonferenz für Palästina 1979 mit der Präsenz von Romesh Chandra und Mikis Theodorakis als Präsident bzw. Vize-Präsident. Im Jahr 1991 fand das regionale Treffen des WFR in Basel statt und 1993 eine Weltweite Rats-tagung. In den neuen Konditionen der Kräfteverhältnisse nach 1991 glaubten Gegner und leider auch Freunde des WFR, dass dies nun das Ende des WFR und auch der Geschichte sei. (...) Aber spätestens nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und danach, kam der WFR wieder auf seine Prinzipien zurück mit dem Bewusstsein, dass der Imperialismus als Weltsystem, mittlerweile ohne «Konkurrenz», nicht interessiert war und ist, die Probleme der Menschheit zu lösen. Im Gegenteil, die Welt wurde neu aufgeteilt was Rohstoffe, Märkte und Profite angeht, neue Aggressionen und Kriege, Invasionen und natürlich keine Lösungen zu Themen wie die Schaffung und Anerkennung eines Palästinensischen Staates in den Grenzen vor dem 4. Juni 1967. Mit Afghanistan, Iraq, Libyen, Ukraine, Syrien, Jemen sind die Imperialisten der USA, der NATO und der EU die



Podium über die Aufgaben der Friedensbewegungen gestern und heute: Unter der Leitung des Publizisten Andreas Zumach diskutierten Dr. Patrice Salzenstein, Leitungsmitglied der Französischen Friedensbewegung, Magdalena Küng, Sekretärin der GSoA, Filipe Ferreira, Vizepräsident des Portugiesischen Friedensrates, Seyhan Karakuyu, Vorstandsmitglied der SFB und der Präsident der Marx-Engels-Stiftung, Hermann Kopp. Foto UW



«70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung»: UW-Redaktor Martin Schwander stellt das Jubiläumsbuch vor. Foto UW

Ohne dich und dich – keine UW!

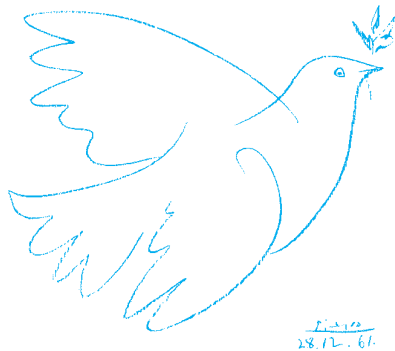
UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen!

Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Dieser Ausgabe der UW liegt ein Einzahlungsschein bei. Aber auch sonst ist rund um die Uhr eine Online-Überweisung möglich:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!



Nr. 1, Grafik Jessica Rocha



Nr. 2, Grafik Jan Tatic



Nr. 3, Grafik Cornelia Raimondi



Nr. 4, Grafik Christopher Breitenfeld



Nr. 5, Grafik Marcia Matt



Nr. 6, Grafik Valérie Henriod



Nr. 7, Grafik Franco Troxler



Nr. 8, Grafik Deborah Dürlewanger



Nr. 9, Grafik Jennifer Zimmermann



Nr. 10, Grafik Benjamin Frei

Projektarbeit der HF Visuelle Kommunikation Frieden gestalten

Studierende der höheren Fachschule für Gestaltung (HF Visuelle Kommunikation) Zürich haben im Sommer 2019 das 70jährige Jubiläum der Schweizerischen Friedensbewegung zum Thema einer Projektarbeit



Das Buch zum Jubiläum

Martin Schwander, *Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung 1949 – 2019*, Verlag SFB, Basel 2019. Paperback, 464 Seiten, illustriert. Fr. 28.– plus Porto. Bestellungen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluewin.ch

gewählt. Unter der Begleitung ihres Dozenten Richard Frick sind daraus 16 mehrfarbige Vorschläge für ein Jubiläumspostkarte entstanden, die anlässlich des Weltfriedentages vom 21. September in Basel vorgestellt werden konnten. Zum offiziellen Jubiläumspostkarte wählte und prämierte die SFB daraus den Vorschlag von Jessica Rocha (Nr. 1).

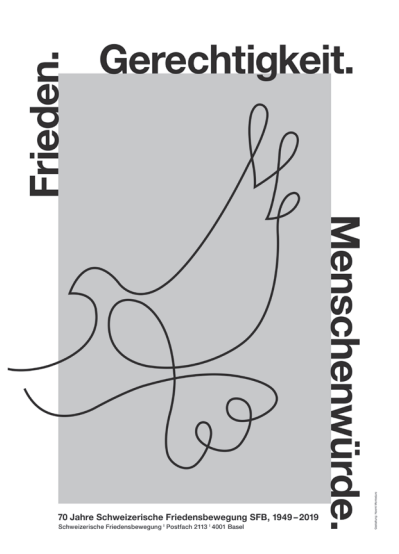
Von diesem Plakat wurden 100 Exemplare im Format A2 auf Spezialpapier abgezogen, nummeriert und von der Grafikerin signiert. Sie sind zum Preis von Fr. 15.– pro Exemplar (plus Versandkosten) beim Sekretariat der Schweizerischen Friedensbewegung erhältlich. Bestellt werden kann zum Preis von Fr. 10.– auch eine A0-Version des prämierten Plakates und gegen eine Spende die A3-Versionen der Plakate Nr. 1, 12 und 15.

Zudem wurden 8 der Plakate in einem Schreibkartenset im Format A5 gedruckt. Es handelt sich dabei um die Plakate Nr. 1, 3, 5, 8, 9, 12, 15 und 16. Ein Set mit allen acht Karten kostet Fr. 10.– und kann ebenfalls bei der SFB bezogen werden (SFB, Tel. 061/681 03 63 oder via Mail sfb@bluewin.ch).

Die SFB bedankt sich bei der HF-Klasse und ihrem Dozenten Richi Frick herzlich für ihren tollen Beitrag und wünscht den beteiligten Studierenden für ihren weiteren Berufsweg Freude und Erfolg.



Nr. 11, Grafik Nicola Spillmann



Nr. 12, Grafik Noemi Monteduro



Nr. 13, Grafik Tamara Escher



Nr. 14, Grafik Jurij Kolb



Nr. 15, Grafik Eveline Bischoff



Nr. 16, Grafik Fabian Iseli